

Triumph der Gesinnung über die Gesetze des Verstandes

In der Politik geht es nicht mehr um richtig oder falsch, sondern darum, ob man zu den Guten oder zu den Schlechten gehört



René Scheu

Es gibt die Rassisten, Rosinenpicker und Hinterwäldler, und es gibt die anderen, die die Nase über sie rümpfen. Die Medien überbieten sich seit dem 9. Februar, als die Initiative «gegen Masseneinwanderung» angenommen wurde, in der Präsentation ständig neuer Empörungsvorschläge. Selbst in zahlenlastigen Analysen war unterschwellig dieser Ton zu spüren, der stets auf dasselbe hinausläuft: die konsequente Moralisierung aller politischen Diskurse. Es geht nicht um richtig oder falsch. Es geht darum, ob man zu den Guten oder zu den Schlechten gehört.

Für Hermann Lübke, den früheren Professor für politische Philosophie an der Universität Zürich, ist Moralismus «der Triumph der guten Gesinnung über die Gesetze des Verstandes». Gesinnungsurteile funktionieren nach dem Schwarz-Weiss-Schema. Sie bedienen die verbreitete Sehnsucht nach Einfachheit, Eindeutigkeit und Sofort-Bekanntnissen. Aber vor allem: Sie bieten die Chance, sich moralisch über andere zu erheben und

im Moment der Entrüstung Gemeinschaft mit Gleichgesinnten zu empfinden.

Dabei zeigt sich: Je moralischer der öffentliche Diskurs, desto verwahrloster die politischen Sitten. Die allgegenwärtigen TV-Talkshows illustrieren dies aufs Trefflichste. Man debattiert nicht mehr mit seinen Kontrahenten, man blickt verächtlich auf sie herab. Man geht nicht mehr auf die Argumente der politischen Gegner ein, man findet es bedenklich, dass jemand überhaupt solche Ansichten vertritt. Die verborgene Botschaft: Der andere ist letztlich ein schlechter Mensch, einer, der es bloss auf den persönlichen Vorteil abgesehen hat und noch den nicht einmal zu fassen vermag. Der Moralist hingegen weiss im Dienste einer höheren Sache zu handeln, wahlweise der Nation, der Natur, des Gemeinwohls, der Frau oder gleich der Menschheit an sich. Das macht ihn unangreifbar; selbst wenn er intellektuell irren sollte, liegt er moralisch richtig.

Moralisten können ihrem Selbstverständnis gemäss unmöglich verwerflich handeln - es geht ihnen ja nie um sich selbst, sondern stets um den hehren Zweck. Sie werden zu selbstgerechten Zynikern, ohne es zu merken, und stossen dabei andere Moralisten mit anderen Prioritäten unerschrocken vor den Kopf. Als bekannt wurde, dass die deutsche Feministin Alice Schwarzer Geld in die Schweiz gebracht hatte, ohne es zu deklarieren, schlug ihr ein Sturm der Entrüstung entgegen. Steuerhinterziehung gilt unter



Je moralischer der öffentliche Diskurs, desto verwahrloster die politischen Sitten. Die allgegenwärtigen TV-Talkshows illustrieren dies aufs Trefflichste.

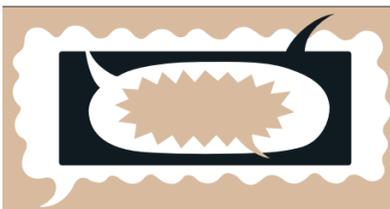
national-solidarischen Moralisten als Kapitalverbrechen. Doch Schwarzer blieb ihrer feministisch-solidarischen Haltung treu - sie habe bloss vorsorgen wollen, sagte sie, weil die Hatz gegen sie damals unerträglich geworden sei. Der moralische Zweck heiligt die Mittel. Bundesrat Johann Schneider-Ammann argumentierte ähnlich, als jüngst ein früheres - absolut legales - Offshore-Konstrukt der Ammann-Gruppe publik wurde. Er habe nur dem höheren Zweck des Arbeitsplatzes Schweiz dienen wollen, sagte er: «Die Familie Ammann nahm aus den Reserven ein wenig Franken privat. Mit dem Geld haben wir einzig die industrielle Tätigkeit gesichert. Moralisch ist das etwas Gutes!»

Frau Schwarzer, Herr Schneider-Ammann, aber auch Herr und Frau Rosinenpicker haben bloss das verfolgt, was sie für ihren persönlichen Vorteil hielten - das ist nicht nur nicht verwerflich, sondern völlig legitim (wenn in Schwarzers Fall auch illegal). Das Problem: Moralisten, die stets für einen höheren Zweck unterwegs sind, können sich dies nicht mehr eingestehen. Sie verwandeln die Welt unfreiwillig in «eine vom guten Willen gezeichnete Karikatur» (Thilo Sarrazin). Es ist eine Welt, in der das Bekenntnis mehr zählt als das Argument, die Zugehörigkeit mehr als das Denken. Nur, liebe Moralisten: Ist dies wirklich eine bessere Welt?

René Scheu ist Philosoph und Herausgeber des liberalen Magazins «Schweizer Monat».



ILLUSTRATION GABRIEL KOPP



Showdown

Daniel Meier

Ueli Maurer will für 179 Millionen Franken Brückenpanzer beschaffen. Selten wurden Rüstungsgelder besser eingesetzt. Im Fahrzeugpark der Armee ist uns dieser friedliche Koloss der liebste. Neben all den Zerstörungsmaschinen setzt er ein Zeichen - verbinden statt trennen. Vom Sackmesser des Fahrers abgesehen, rollt er gänzlich unbewaffnet durch die Gegend, will niemandem Böses. Anstelle des Geschützturms trägt er eine harmlose Stahlkonstruktion. Taucht ein Hindernis auf, schlägt seine Stunde. Nun fährt er die Brücke aus, setzt sie vor sich ab. Und schon kann er einen Fluss, eine Schlucht überwinden. Lieblich wie eine Schnecke, die ihr Häuschen ständig mit sich führt.

Maurer begründet die Beschaffung damit, dass «im Wirkungsbereich eines Gegners die eigene Beweglichkeit sichergestellt werden kann». Was er sagen will: In Friedenszeiten baut man eine normale Brücke, aber einzig der Brückenpanzer kann das auch unter Beschuss. Erschreckend ist nur, dass die beste Armee der Welt derzeit über diese Fähigkeit gar nicht verfügt. Die alten Brü Pz 68/88 wurden nämlich vor zwei Jahren verschrottet, die neuen kommen erst 2015. Wenn das der Feind wüsste. Löblich dagegen der Plan, ausgemusterte Panzer 87 Leo wiederzuverwerten. Einfach Kanone weg, Brücke drauf. Zudem sind dank der gewählten Länge von nur 26 Metern offensive Manöver wie das Übersetzen über den Rhein von vornherein ausgeschlossen.

Die hiesige Rüstungsindustrie wollte einst selber Brückenpanzer bauen, allenfalls gar exportieren. Dual-use, riefen die Kritiker sofort. Es lasse sich nicht kontrollieren, ob hinter dem Brückenpanzer ein Kampffahrer den Fluss überquere und danach sein tödliches Werk verrichte. Wann verbieten sie Querflöten in Militärkapellen? Richtig verwendet, lassen sich damit ernsthafte Verletzungen zufügen.

TV-Kritik von Katharina Bracher

Casting-Format mit relativ wenig Momenten zum Fremdschämen

The Voice of Switzerland
SRF1, 5. März, 20 Uhr 10

Stellen Sie sich vor, Sie haben dreissig Sekunden Zeit, um vier Blinde von Ihrem Gesangstalent zu überzeugen. Nicht Ihr geschmackloses Bühnenkostüm, nicht das Harlekin-Make-up zählt, einzig mit Ihrer Stimme müssen Sie die vier davon überzeugen, Sie in die Show aufzunehmen. Das ist das Konzept der Blind Auditions der Casting-Show «The Voice of Switzerland».

Die vier Blinden sind natürlich nicht blind. Sie sitzen nur mit dem Rücken zur Bühne und warten auf den Moment, den Buzzer zu drücken, sich umzudrehen und Sie in ihr Team aufzunehmen. Bei den vier Coaches handelt es sich auch nicht um ausgewiesene Experten, sondern um ein kunterbuntes Trio plus Dame aus der über-schaubaren Schweizer Pop-Szene. Da ist der Sänger Marc Sway, der Gutmütige, mit der Ausstrahlung eines Berner-Sennenhund-Welpen. Es braucht ihn, damit sich die zarteren Gemüter unter den Kandidaten aufgehoben fühlen. Dann gibt es den welschen Rapper Stress, der Umwerfende, der der Sendung einen gewissen Erotikfaktor garantiert («Isch 'ätte fast gebösst...»). Coach Philipp Fankhauser, der Ernstzunehmende, nervt als Einziger der sonst sympathischen Runde mit seiner



Doyen Fankhauser (links) fühlt sich im Mississippi-Delta wohler als im Berner Mittelland.

Attitüde als Doyen. Fankhauser gib den Takt vor, er ist nämlich auch der Einzige mit einer gewissen Glaubwürdigkeit in der Blues-Szene. Er lässt darum keine Gelegenheit aus, um deutlich zu machen, dass er sich im Mississippi-Delta wohler fühlt als im Berner Mittelland («You know what I'm sayin'?»). Stefanie Heinzmann schliesslich vertritt im Gremium zwei Minderheiten: die Jugend und die Frauen.

Schön an diesem Casting-Format ist die relativ geringe Zahl der Fremdschäm-Momente. Dies ist wohl dem Umstand geschuldet, dass die Show, abgesehen von den drei letzten Folgen des Finals, vorproduziert wird. Die Sendung bietet nicht nur kurzweilige Abendunterhaltung, sondern auch einige überraschende Gesangstalente aus der Schweiz. Man fragt sich, warum nicht mehr SRF-Unterhaltungssendungen so vorproduziert werden. Es würde uns so manche Peinlichkeit ersparen.

Grenzerfahrung

Ohne Zukunftsvision



Marina Masoni

Noch sind die Folgen der Abstimmung vom 9. Februar nicht absehbar. Einen Monat nach dem Volksentscheid herrscht Unsicherheit. Der Bundesrat hat für den kommenden Juni einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels angekündigt. Die Initianten haben ihre Absichten über die Höchstzahlen und die jährlichen Kontingente für Ausländerinnen und Ausländer noch nicht dargelegt. Obwohl es sinnvoll wäre, zu erfahren, welcher Wille hinter der SVP-Initiative steht.

In den Grenzkantonen, wo die bilateralen Abkommen nicht nur Wachstum, sondern auch Probleme mit sich brachten, ist die Unsicherheit noch grösser. Im Tessin war die Konfrontation bereits während der Abstimmungskampagne ausgesprochen hart, und sie ist seit dem 9. Februar noch nicht vererbt. Die Verwirrung ist gross. Die Befürworter der Initiative (SVP, Lega und Grüne) drängen auf eine rasche Umsetzung. Auch sie können aber nicht erklären, welche Höchstzahlen und welche Kontingente auf kantonaler Ebene festgelegt werden sollen. Und statt Klarheit schaffen sie noch mehr Verwirrung. Am 18. Februar hiess der Grosse Rat mit

Unterstützung der SP eine Resolution für eine Ständesinitiative gut. FDP und CVP waren dagegen, ebenso die Regierung. Darin wird gefordert, der Bund solle «das Tessin und andere Grenzregionen, die besonders hart von den negativen Folgen der Personenfreizügigkeit betroffen sind», zu Regionen mit Sonderstatus erklären. Der Vorschlag war bereits vor vier Jahren von den Grünen lanciert und darauf in den Schubladen des Kantonsparlamentes versenkt worden. Die Ständesinitiative führte im Grossen Rat zu hitzigen Kontroversen und Nebengeräuschen, weil die Grünen danach die Liste der Parlamentarier publizierten, die Nein gestimmt hatten, inklusive der zwölf Grossräte, die der Abstimmung ferngeblieben waren.

Noch mehr Verwirrung stiftet die Definition des Begriffs «Grenzregion mit Sonderstatus». Der parlamentarische Vorstoss spricht nur von «spezifischen Gegenmassnahmen für die negativen Auswirkungen der Abkommen über den freien Personenverkehr». Welche Massnahmen damit gemeint sind, bleibt offen. Auf so brüchigem Eis und bei so vagen Konzepten ist sogar das Nachdenken schwierig. All dies widerspiegelt jedoch die derzeitige Gemütslage des politischen Tessins. Man ist orientierungslos. Die Politik wird von Problemen der Gegenwart überrannt und tut sich schwer, konkrete Lösungsansätze zu finden. Es gibt keine Zukunftsvision für den Kanton. Das politische Tessin weiss zwar, was es nicht will, weiss aber nicht, was es will.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.